

Inhaltsverzeichnis

1. Andrea fischer	
2. Seitenwechsler im Überblick	
3. Seitenwechsel	
4. Bündnis 90/Die Grünen	
5. Gerhard Schröder	
6. Ketchum Pleon	

Andrea Fischer

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Andrea Fischer (* 14. Januar 1960 in Arnsberg/Westfalen), Mitglied von [Bündnis 90/Die Grünen](#), war Leiterin des Dezernats Finanzen, Gebäudewirtschaft und Krankenhäuser der Region Hannover. Zuvor war sie Bundestagsabgeordnete und Bundesgesundheitsministerin im Kabinett [Schröder I](#) und war 2001 wegen Kritik an ihrem Umgang mit der BSE-Krise zurückgetreten. Seit 2004 arbeitete sie als Lobbyistin in der internationalen Gesundheitspolitik.^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Zitate	3
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
4 Einzelnachweise	3

Karriere

- 11/2012 bis 11/2020 Leiterin des Dezernats Finanzen, Gebäudewirtschaft und Krankenhäuser der Region Hannover^[2]
- 2011: Kandidatin der [Grünen](#) als Bürgermeisterin für den Bezirk Berlin Mitte bei den Berliner Abgeordnetenhaus-Wahlen am 18. September 2011
- 2009 - 10/2012 selbständig als Beraterin für Pharmaindustrie und Krankenkassen
- 2006–2009 Partnerin in der PR-Agentur [Pleon](#) in München
- 2004–2006 Mitglied des Führungsstabes des Beratungsunternehmens Institut für Organisationskommunikation (IFOK GmbH)
- 1998–2001 Bundesministerin für Gesundheit
- 1994–2002 Mitglied des Deutschen Bundestags
- wiss. Mitarbeiterin im Europaparlament, im Wissenschaftszentrum Berlin und bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
- Studium der Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin

^[3]^[4]^[5]^[6]

Zitate

Fischer über ihre Tätigkeit in der Pharma-Lobby:

„Das klingt direkt despektierlich, aber ich verdiene damit meinen Lebensunterhalt“^[7]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Die Pharmedien müssen umdenken](#), Pharmazeutische Zeitung, Ausgabe 27/2010, abgerufen am 06.04.2017
2. ↑ [Finanzdezernentin Andrea Fischer hört auf](#) Hannoversche Allgemeine vom 28.01.2020, abgerufen am 07.09.2021
3. ↑ [Website von Andrea Fischer Curriculum Vitae](#) abgerufen am 06.04.2017
4. ↑ [Webseite haz](#), Finanzdezernentin: Andrea Fischer im zweiten Anlauf gewählt, Hannoversche Allgemeine Zeitung 15. Oktober 2012, abgerufen am 06.04.2014
5. ↑ [Die Rückkehrerin](#), taz vom 30.03.2011, abgerufen am 06.04.2017
6. ↑ [Website von Andrea Fischer Curriculum Vitae](#) abgerufen am 06.04.2017
7. ↑ [Der rote Faden im bunten Leben der Grünen](#), Stuttgarter Nachrichten vom 26.02.2011, abgerufen am 06.04.2017

Seitenwechsler im Überblick

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#)

Seitenwechsel

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsel und Karenzzeiten \(Überblick\)](#)

Bündnis 90/Die Grünen

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	4
1.1 Bundestagswahl 2025	4
1.2 Bundestagswahl 2021	4
1.3 Bundestagswahl 2017	5
1.4 Bundestagswahl 2013	5
1.5 Bundestagswahl 2009	6
2 Finanzierung	6
2.1 Rechenschaftsberichte	6
2.2 Top-Spender	7
2.3 Gesamteinnahmen	8
2.4 Sponsoring	9
3 Grüner Wirtschaftsdialog / Wirtschaftsvereinigung der Grünen	9
4 Seitenwechsler:innen	9
5 Weiterführende Informationen	10
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	10
7 Einzelnachweise	10

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Die Grünen versprechen in ihrem Programm für die Bundestagswahl 2025 eine Deckelung der Parteispenden und wollen diese auch für „Besitzer großer Online-Plattformen“ geltend machen. Sie geben an, die „systematische Unterstützung von Organisationen an Parteien“ klarer regulieren zu wollen. Weiterhin sollen Parlamentsarbeit und Gesetzgebungsverfahren transparenter gestaltet werden, indem Lobbytreffen der Regierung und der Europäischen Kommission öffentlich einsehbar gemacht werden. Außerdem sollen Sitzungen von Fachausschüssen öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Weiterhin fordern Die Grünen eine Erhöhung der [Karenzzeit](#) für ehemalige Regierungsmitglieder. Außerdem will sich die Partei für „unabhängige Kontrollen“ der geltenden Regeln einsetzen. In welcher Form diese stattfinden sollen, bleibt jedoch unklar. ^{[1][2]}

Unter der Ampel-Regierung (SPD, Grüne, FDP) kam es 2023 zu umfassenden Reformen der Lobbyregeln. Diese betreffen die Verschärfung des Lobbyregisters, die Transparenz der Gesetzgebung („exekutiver Fußabdruck“), die Verschärfung der Regeln für Seitenwechsler:innen, sowie eine Reform des Parteiengesetzes u.a. zur Wahlkampffinanzierung (siehe [Lobbyreport 2024](#)). Organisationen wie LobbyControl und Abgeordnetenwatch sehen aber weiterhin [Handlungsbedarf](#).

Bundestagswahl 2021

Mit einem Wahlergebnis von 14,8% der Zweitstimmen begeben sich die Grünen in eine Ampelkoalition mit SPD (25,7%) und FDP (11,5%). ^[3]

Annalena Baerbock ist Bundesministerin des Auswärtigen, Robert Habeck Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz. Cem Özdemir (Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft), Anne Spiegel (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Steffi Lemke (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz).

Im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 kündigen die Grünen an, zur Stärkung des Gemeinwohls Lobbyismus transparenter machen zu wollen. Das seit Januar 2022 bestehende [Lobbyregister](#) wollen sie für die Bundesregierung, die Bundesministerien und den Bundestag nachschärfen und die vielen Ausnahmen der Eintragungspflicht für "maßgebliche Akteur*innen abschaffen."^[4] Einsetzen möchten die Grünen einen **legislativen Fußabdruck**, um die Beeinflussung von Gesetzesentwürfen abzuzeichnen. Zudem sollen Interessenkonflikte "stärker in den Blick"^[5] genommen und der Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft behandelt (**Karenzzeit**) werden.

Bundestagswahl 2017

Die Grünen setzen sich aus der Opposition heraus seit vielen Jahren für eine stärkere Lobbykontrolle und mehr Transparenz ein. In der aktuellen Wahlperiode brachten sie gemeinsam mit der Linken einen Antrag zur Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters ein. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Großen Koalition abgelehnt.^[6] Auch kritisierten die Grünen, dass bei der Reform des Parteiengesetzes Ende 2015 lediglich ein kleines Schlupfloch gestopft wurde und größere bekannte Missstände nicht angegangen wurden. Bei der Aufarbeitung des Cum/Ex-Steuerskandals engagierten sich die Grünen im parlamentarischen Untersuchungsausschuss stark und arbeiteten heraus, wie intransparente und einseitige Lobby-Einflussnahme das Problem verschärfte.

Bündnis 90/Die Grünen legen seit 2012 im Gegensatz zu CDU/CSU, SPD und FDP freiwillig offen, wie viel sie durch Sponsoring etwa bei Parteitagen einnehmen und woher das Geld stammt.

Die allgemein zu mehr Transparenz und Lobbykontrolle aufgeschlossene Haltung der Grünen spiegelt sich auch im Wahlprogramm wider. So fordern die Grünen ein verpflichtendes Lobbyregister sowie eine Legislative Fußspur, die konkrete Einflüsse auf die Gesetzesformulierung in den Ministerien sichtbar macht. Darüber hinaus sollen die Ausschüsse des Bundestages öffentlich tagen.^[7]

Bei der Parteienfinanzierung streben die Grünen eine Absenkung der Veröffentlichungsschwellen für Spenden an. Für Parteisponsoring sollen vergleichbare Regeln gelten. Zusätzlich soll es eine jährliche Obergrenze für Spenden geben. Spenden von Unternehmen oder Verbänden wären verboten. Sie könnten die Parteien demnach nur noch durch Sponsoring unterstützen, das dann aber immerhin transparent nachvollziehbar.

Bundestagswahl 2013

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl.^[8]

- Fazit von LobbyControl zu den Auskünften von Bündnis90/Die Grünen

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme gebeten. Sie sollten darüber Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#)^[9]

- Das Fazit von LobbyControl zu den Auskünften der Grünen lautete:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer.^[10]

Finanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 97.623.510,74 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 8.738.883,96 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendinggesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der Grünen

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht

nach Jahren sortiert
2014
Rechenschaftsbericht 2015
2015
Rechenschaftsbericht 2016
2016
Rechenschaftsbericht 2017
2017
Rechenschaftsbericht 2018
2018
Rechenschaftsbericht 2019
2019
Rechenschaftsbericht 2020
2020
Rechenschaftsbericht 2021
2021
Rechenschaftsbericht 2022
2022
Rechenschaftsbericht 2023
2023

Top-Spender

Im April 2021 erhielten die Grünen eine Rekord-Spende in Höhe von 1.000.000 € von einem Bitcoin-Investor. ^[11]

Die 10 Topspender der Grünen in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Steven Schuurman	1.250.000 €	
Moritz Schmidt	1.000.300 €	
Antonis Schwarz	569.950 €	
Ehepaar Schrag	399.142,16 €	Spenden von Hermann und Ursula Schrag
Sebastian Schels	250.000 €	
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	290.005 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie, Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Frank Hansen	172.100 €	
Campact e.V.	233.300 €	
Deutsche Vermögensberatung	256.001 €	
Per Fragemann	133.128,04 €	

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen /Jahr	2024		2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	-	-	25,3	28,4	24,8	29,6	22,5	25,9	18,8	28,5	15,2	25,5
Mandatsträgerbeiträge	-	-	20,4	22,9	19,9	23,8	16,9	19,5	12,5	18,8	11,1	18,5
Spenden von natürlichen Personen	-	-	5,4	6,1	4,8	5,7	12,9	14,9	5,8	8,9	5,8	9,8
Spenden von juristischen Personen	-	-	0,6	0,7	0,6	0,8	1,4	1,6	0,6	1,0	0,7	1,2
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	-	-	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Aus sonstigem Vermögen	-	-	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	-	-	1,0	1,1	0,8	1,0	0,4	0,5	0,4	0,6	1,0	1,7
Staatliche Mittel	-	-	32,6	36,7	29,6	35,4	30,0	34,6	25,6	38,7	23,9	40,1
Sonstige	-	-	3,0	3,4	2,7	3,2	2,1	2,5	1,9	2,9	1,7	2,8
Summe	-	-	88,8 Mio €		83,8 Mio €		86,78 Mio €		66,05 Mio €		59,7 Mio €	

Art der Einnahmen /Jahr	2018		2017		2016		2015		2014		2013	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	11,3	23,4	9,7	22,4	9,0	21,4	8,8	22,1	8,7	21,1	8,7	21,7
Mandatsträgerbeiträge	4,9	20,5	9,7	22,3	9,7	23,0	9,6	24,0	9,1	23,0	8,9	22,3
Spenden von natürlichen Personen	4,2	8,6	4,9	11,2	4,4	10,4	3,6	9,0	4,0	10,3	4,2	10,6

Spenden von juristischen Personen	0,6 6	1,3 6	0,9 6	2,2 1	0, 7	1,6 6	0,5 8	1,4 5	0,6 6	1,6 6	0, 7	1,7 4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0,00 1	0 0	0,00 05	0, 0	0,00 1	0 0
Aus sonstigem Vermögen	0, 0	0, 0	0,1 6	0,3 7	0,1 2	0,2 7	0,1 2	0,3 1	0,1 2	0,3 3	0,1 5	0,3 7
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8 5	1,7 5	0,6 8	1,5 6	0,8 9	2,1 1	0,6 5	1,6 3	0,6 3	1,5 9	0,0 8	2, 1
Staatliche Mittel	19,2 5	39,7 4	15,8 2	36,3 9	15,8 5	37,4 8	15,1 0	37,7 5	14,8 1	37,3 6	15,0 5	37, 5
Sonstige	1,4 7	3,0 4	1,4 3	3,2 9	1,4 7	4, 8	1,4 3	3,5 9	1,3 4	3,5 2	1, 4	3,5 1
Summe	48,44 Mio € 43,47 Mio € 42,27 Mio € 40,00 Mio € 39,67 Mio € 40,15 Mio €											

Quellen:^[12]^[13]

Anmerkung: Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Mandatsträgerbeiträge an Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2020 beliefen sich auf 12,449 Mio € und wurden auf 12,5 Mio € aufgerundet.

Sponsoring

Einnahmen aus [Parteisponsoring](#) und Standgebühren veröffentlicht Bündnis90/Die Grünen [hier](#).

Grüner Wirtschaftsdialog / Wirtschaftsvereinigung der Grünen

Der Verein [Grüner Wirtschaftsdialog](#), gegründet im Dezember 2018, und die [Wirtschaftsvereinigung der Grünen](#), gegründet im April 2023, werden fusionieren, falls die Mitglieder im Sommer 2024 zustimmen. Danach wird nur noch der Namen "Wirtschaftsvereinigung der Grünen" geführt. Es mache keinen Sinn, dass zwei Organisationen am gleichen Ziel arbeiten, nämlich Brücken zwischen der Wirtschaft und der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu bauen, meinte Thomas Fischer, Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung.^[14] Die Verbindungen zur Partei sind bei der Wirtschaftsvereinigung ausgeprägter als beim „Wirtschaftsdialog“. Im politischen Beirat ^[15], der beibehalten wird, sitzen grüne Mitglieder des Bundestages, des Europaparlaments, Landesminister. Vorsitzende des Beirats sind die jeweiligen Parteivorsitzenden. Christina Deckwirth von LobbyControl findet es „enttäuschend“, dass der Beirat beibehalten wird. „Das schafft eine enge Verbindung zwischen dem Lobbyverband und grünen Politiker*innen, die die Gefahr von Interessenkonflikten mit sich bringt.“ ^[14]

Seitenwechsler:innen

Eine Auflistung von [Politiker:innen von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler:innen fallen](#)

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Regierungsprogramm 2025](#), gruene.de, abgerufen am 18.02.2025
2. ↑ [Transparenz-Check der Parteien zur Bundestagswahl 2025](#), abgeordnetenwatch.de, 31.01.2025, abgerufen am 18.02.2025
3. ↑ [\[1\]](#), der Bundeswahlleiter, amtliches Endergebnis, abgerufen am 17.12.2021
4. ↑ [Wahlprogramm Die Grünen Bundestagswahl 2021](#), gruene.de, abgerufen am 24.12.2021.
5. ↑ [Wahlprogramm Die Grünen Bundestagswahl 2021](#), gruene.de, abgerufen am 24.12.2021.
6. ↑ [Kurzbericht: Bundestagsanhörung zum Lobbyregister](#) Webseite von LobbyControl vom 17.05.2016, abgerufen am 25.08.2017
7. ↑ [Programm von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl 2017, pdf \(1,9 MB\)](#), abgerufen am 25.08.2017
8. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
9. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
10. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
11. ↑ [Grüne erhalten Rekord-Spende von Bitcoin-Millionär](#) DER SPIEGEL vom 14.04.2021, abgerufen am 16.04.2021
12. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
13. ↑ [Bündnis 90/Die Grünen. Rechenschaftsbericht für das Jahr 2021](#) cms.gruene.de, abgerufen am 05.02.2023
14. ↑ ^{14,014,1} [Doppelt hält schlechter](#) taz.de am 30.05.2024, abgerufen am 30.05.2024
15. ↑ [über uns/politischer Beirat](#) www.wirtschaftsvereinigung, abgerufen am 30.05.2024

Gerhard Schröder

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Gerhard Fritz Kurt Schröder (* 7. April 1944 in Mossenberg), [SPD](#), Ex-Bundeskanzler, heute ein prominentes Beispiel für den Seitenwechsel aus der Politik in Lobbytätigkeit, Rechtsanwalt. Die inhaltliche Ausrichtung seiner Kanzlerschaft, etwa der Reformkurs in Rente, Gesundheit und den Hartz-Gesetzen, sowie die Teilnahme am Kosovo-Krieg, führten zu innerparteilichen Konflikten. In den Jahren seiner Kanzlerschaft hat sich eine bis dahin beispiellose Öffnung der Bundesregierung für Anliegen und Methoden des Lobbyismus vollzogen. Im Zuge des [Weltfinanzcrash 2007](#) erscheint vor allem die unter Schröder vorangetriebene Finanzmarktderegulierung, z.B. durch die Öffnung des deutschen Marktes gegenüber Hedgefonds, von Bedeutung. Schröder sitzt in den Leitungsgremien russischer Energiekonzerne sowie deutscher Unternehmen und ist als Berater von Unternehmen und Denkfabriken tätig. Vor allem die kontinuierliche Lobbytätigkeit des lange Zeit noch bestens vernetzten Ex-Kanzlers für die Realisierung der Projekte von [Gazprom](#) (Nordstream 1 und Nordstream 2) ist immer wieder kritisiert worden.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	11
2 Verbindungen und Netzwerke	12
3 Kritik	12
3.1 Seitenwechsel/Verbindung zu russischen Konzernen	12
3.2 Weitere Aktivitäten im Anschluss der politischen Karriere	14
4 Weiterführende Informationen	15
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
6 Einzelnachweise	15

Karriere

- **1998 - 2005 Bundeskanzler**
- 1999 - 2004 Vorsitzender der SPD
- 1994 - 1998 Ministerpräsident von Niedersachsen in einer SPD-Alleinregierung
- 1990 - 1994 Ministerpräsident von Niedersachsen in einer Koalition aus SPD und [Bündnis 90/Die Grünen](#)
- seit 1989 Mitglied des [SPD](#)-Präsidiums
- 1986 - 1990 Mitglied des niedersächsischen Landtages und Vorsitzender der [SPD](#)-Landtagsfraktion
- 1980 - 1986 Mitglied des Bundestages für die [SPD](#)
- 1978 - 1990 selbstständiger Rechtsanwalt in Hannover

- 1978 - 1980 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten (Jusos)
- 1966 - 1971 Studium der Rechtswissenschaften

Verbindungen und Netzwerke

- 2022 Nominierung für den Aufsichtsrat von [Gazprom](#), auf die Schröder letztlich verzichtet hat^[1]
- 2021-2022 Vorsitzender des Beirats der Euref-Energy Innovation GmbH, einem Gründungsmitglied der Initiative „Wasserstoff-Hanse“, die nicht mehr fortgeführt wird.^[2]
- 2020-2022 Vorstandsmitglied beim Interessenverband Betriebliche Versorgungswerke für Unternehmen und Kommunen (BVUK)
- 2017-2022 Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrenknecht AG
- 2017-2022 Aufsichtsratsmitglied des russischen Ölkonzerns [Rosneft](#)
- seit 2016 Präsident der Verwaltungsrats der Gazprom-Tochter [Nord Stream 2](#). Das Genehmigungsverfahren für Nord Stream 2 ist im Februar 2022 von der Bundesregierung gestoppt worden
- ehem. Mitglied des NBI 21st Century Council sowie des Council for the Future of Europe des Berggruen Institute on Governance
- seit 2006 Vorsitzender des Gesellschafterausschusses und Mitglied des Aktionärsausschusses der Gazprom-Tochter [Nord Stream](#)
- 2006-2022 Berater für "Fragen internationaler Politik" bei Ringier AG
- seit 2006 Rechtsberater des RAG-Konzern
- seit 2006 Vertrag als Vortragsredner bei der Redner-Agentur Harry Walker
- 2006-2021 Ehrenvorsitzender des Nah- und Mittelostvereins (NuMOV)
- 2009-2011 Aufsichtsratsvorsitzender von TNK-BP
- 2006 - 2016 Mitglied im Europa-Beirat der Rothschild-Investmentbank
- 2005 - 2010 Tätigkeit als Rechtsanwalt für Fromberg und Kollegen und als freiberuflicher Berater

Quellen: ^[3]^[4]^[5]^[6]^[7]^[8]^[9]^[10]^[11]^[12]^[13]^[14]

Kritik

Seitenwechsel/Verbindung zu russischen Konzernen

Seitenwechsler

Schröder ist ein prominentes Beispiel für den [Seitenwechsel](#) aus der Politik in die Wirtschaft.

Seit 2020 ist der Altkanzler Vorstand des Interessenverbandes BVUK ("Betriebliche Versorgungswerke für Unternehmen und Kommunen e.V."), hinter dem ein gleichnamiges Unternehmen steht, die BVUK GmbH aus Würzburg. Für mittelständische Unternehmen (etwa OBI) organisiert dieses die Altersvorsorge der Mitarbeiter:innen.

Im Rahmen dieses Lobbyjobs hat sich Schröder, sich seiner Kontakte und Autorität als Kanzler a.D. bedienend, mit dem damaligem Finanzminister und Vizekanzler und heutigem Kanzler [Olaf Scholz](#) zum Mittagessen getroffen. Zu einem verabredeten Treffen zum Thema Rente mit Arbeitsminister [Hubertus Heil](#) kam es wegen Termenschwierigkeiten im Ergebnis nicht. Doch erfolgte ein Treffen mit einem Staatssekretärs Heils, wobei Informationen über Inhalt und Anlass des Gesprächs vom Arbeitsministerium verweigert werden.^[15]

Besonders pikant an diesen Aktivitäten: diese wurden organisiert vom Büro des Kanzlers, welches durch Steuermittel finanziert wird. Kosten für die Steuerzahler:innen liegen für dieses Büro wohl bei über 400.000 Euro pro Jahr.^[16]

Förderer von Gaspipeline

In seiner Funktion als Bundeskanzler hatte Schröder zusammen mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin das Projekt einer Erdgaspipeline durch die Ostsee massiv gefördert. Betreiber und Eigentümer dieser Pipeline ist die Nord Stream AG, welche zu 51% Gazprom, zu jeweils 20% E.ON und BASF und zu 9% Gasunie gehört.^[17]

Schröder als Türöffner

Schröder, Altkanzler mit besten Kontakten in die Berliner Politik, brachte laut einem Bericht des Tagesspiegel auf Grundlage von Unterlagen des Wirtschaftsministeriums zu einem Gespräch mit der damaligen SPD-Ministerin Brigitte Zypries (Amtszeit 2017 - 2018) einen unangekündigten Gast mit - den Chef des Energiekonzerns Gazprom, Alexej Miller. Im Anschluss an das Treffen verkündete Gazprom, dass ein Arbeitstreffen zwischen Zypries und Miller stattgefunden habe. Hierbei blieb unerwähnt, dass Schröder als Türöffner gewirkt hatte. Zypries und Schröder kennen sich seit dem sie Justizministerin in Schröders zweitem Kabinett war.^[18]

Fragwürdiges Darlehen

Ende März 2006 wurde bekannt, dass die Regierung Schröder nach der Wahlniederlage, aber noch vor dem Ende seiner Amtszeit, eine staatliche Bürgschaft für einen Kredit der deutschen Banken KfW und der Deutschen Bank AG in Höhe von 1 Mrd. Euro für Gazprom übernehmen wolle.^[19] Dabei handelte es sich um eine Bürgschaft für einen sogenannten „ungebundenen Kredit“, welcher von deutschen Banken an ausländische Unternehmen vergeben wird, um dadurch „nationale Interessen“ zu sichern, was in diesem Fall mit der langfristigen Sicherstellung der Energieversorgung begründet wurde.

Ungewöhnlich war allerdings, dass sich dieser Vorgang in kurzer Zeit und in den letzten Monaten der Regierung Schröder abspielte.

Schröder selbst bestritt, Kenntnis von der Bürgschaft gehabt zu haben.

Nach Angaben aus Regierungskreisen haben zwar der damalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, Schröders Wirtschaftsberater im Kanzleramt Bernd Pfaffenbach und der Staatssekretär im Finanzministerium, Caio Koch-Weser, von den Verhandlungen gewusst und die Bürgschaft genehmigt, der Kanzler selbst wurde aber „bewusst“ nicht informiert.^[20] Am 18. April 2006 lehnte Gazprom den Kredit ab, wodurch die Bürgschaft hinfällig wurde. Fünf Monate nachdem Schröder aus dem Amt als Bundeskanzler ausgeschieden war wechselte er zur Nord Stream AG, wo er den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm.

Rosneft

Seit 29. September 2017 ist Schröder Mitglied des Aufsichtsrats des russischen Ölkonzerns Rosneft. Der Schritt löste heftige öffentliche Kritik aus. Hauptkritikpunkt ist dabei die Nähe des Konzerns zum Kreml. Die engen Beziehungen zwischen Staat und Konzern führten dazu, dass die gegen Russland verhängten Sanktionen gerade auch Rosneft betreffen, „um Russland[s] außenpolitische Eigenständigkeit“ zu beschränken.^[21] In diesem Zusammenhang wurde die Kritik geäußert, dass eine Aufsichtsratsmitgliedschaft

Schröders solche Sanktionen untergrabe.^[22] LobbyControl urteilte, dass man zur Verteidigung Schröders anführen könne, dass seine Kanzlerschaft bereits 12 Jahre zurückliege und er daher die Handlungsfreiheit eines Privatmanns habe. Als ehemaliger Bundeskanzler stehe Schröder allerdings in einem besonderen Verantwortungsverhältnis zu den Menschen in Deutschland, zumal er nach wie vor für die SPD Politik mache.^[23] Hinzukommt, dass Schröder selbst sein Russland-Engagement nicht nur mit privaten, sondern durchaus auch politischen Motiven begründet.^[24]

Nordstream 2

Seit 2016 ist Schröder Präsident des Verwaltungsrats von Nord Stream 2

TNK-BP

Von 2009 bis 2011 war Schröder einer von 3 Aufsichtsratsvorsitzenden von TNK-BP, einem russisch-britischen Energieunternehmen. Dabei soll er vor allem als Vermittler zwischen den Interessen von BP und TNK gedient haben, da es in der Vergangenheit zu heftigen Streitigkeiten in der Vorstandsriege kam.^[25] Zudem, so hieß es in einer Broschüre von TNK-BP, war Umweltschutz eine seiner Aufgaben. Eine ARD-Exklusiv Reportage deckte auf, dass obwohl Schröder in der Konzern-Broschüre angab, ein Fördergebiet TNK-BPs in West-Sibirien zu kennen, es dort massive Umweltprobleme durch Öl-Lecks gab. In der Broschüre äußerte sich Schröder positiv über die Fortschritte, die in West-Sibirien im Bereich Umweltschutz gemacht wurden. Auf eine Anfrage der ARD-Exklusiv-Redaktion behauptete er, das betreffende Gebiet in West-Sibirien nicht zu kennen.^[26] Derartige Ungereimtheiten werfen die Frage auf, worin genau die Aufgabe Schröders in dem Unternehmen bestand. Sein Jahresgehalt belief sich laut Manager Magazin auf ca. 200.000 Euro.^[27] Das Unternehmen wurde 2013 von Rosneft aufgekauft.^[28]

Weitere Aktivitäten im Anschluss der politischen Karriere

- Seit 2006 berät Schröder die Schweizer Verlagsgruppe Ringier in "Fragen internationaler Politik. In einem Interview ließ Verleger Ringier offen verlauten, dass Schröder als „Türöffner“ geholt worden sei.^[29] Innerhalb des Verlagshauses soll dies im September 2017 kritisiert worden sein, nachdem Schröder den Posten bei Rosneft angenommen hatte. Diese blieb aber folgenlos.^[30]
- Von 2006 bis 2016 war Schröder Mitglied im Europa-Beirat der Rothschild-Investmentbank. Dort sollte er seine internationale Expertise, vor allem in Wachstumsregionen wie Osteuropa, Rußland, Türkei und China, einbringen. Um den Anschein von Interessenkonflikten zu vermeiden, hat Schröder dagegen nicht im Deutschland-Geschäft beraten, berichtet die FAZ.^[31]
- 2005 stellte Werner Müller Konzept vor, mit dem er den staatlich subventionierten deutschen Steinkohlebergbau neu ordnen wollte. Dies sollte durch den Börsengang von RAG geschehen. Müller war zwischen 1998 und 2002 Wirtschaftsminister unter Schröder und von 2003 bis 2007 Vorsitzender des RAG-Vorstands. Schröder unterstützte das Vorhaben^[32], konnte es aber in seiner Amtszeit aufgrund von vorgezogenen Neuwahlen nicht mehr durchsetzen. Nach Schröders Ausscheiden aus der Politik war es Müller, der Schröder als Rechtsberater für RAG gewann. Daraufhin beriet Schröder den RAG-Konzern bei den Verhandlungen mit der neuen Bundesregierung über den geplanten Börsengang des Chemie- und Energieunternehmens.^[33] Dies geschah nach Aussage eines RAG-Sprechers unentgeltlich und ohne Beratervertrag.^[34]
- Eine Verflechtung scheint es auch zwischen Schröder und dem deutsch-US-amerikanischen Investor Nicolas Berggruen zu geben: Schröders damalige Ehefrau Doris Schröder-Köpf war von 2011-2012 Mitglied des Aufsichtsrats von Karstadt.^[35] Die Warenhauskette gehörte von 2010-2014 Berggruen. Schröder ist Mitglied des Berggruen Networks des Think Tanks Berggruen Institute, der von Berggruen betrieben wird.

Weiterführende Informationen

- Mehr zu Seitenwechseln auf der Website von [LobbyControl](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Schröder lehnt Nominierung für Aufsichtsratsposten bei Gazprom ab](#), sueddeutsche.de vom 25.03.2022
2. ↑ [Wasserstoff-Initiative von Manuela Schwesig steht vor dem Aus](#), t-online.de vom 09.02.2022, abgerufen am 13.02.2022
3. ↑ [Biografie](#), hdg.de, abgerufen am 18.04.2017
4. ↑ [Biografie](#), gerhard-schroeder.de, abgerufen am 14.07.2018
5. ↑ [Ex-Kanzler Schröder wird Öl-Aufsichtsrat](#), Spiegel-online vom 15.01.2009, abgerufen am 18.04.2017
6. ↑ [Altkanzler Schröder berät RAG bei Börsengang](#), FAZ-online vom 10.02.2006, abgerufen am 18.04.2017
7. ↑ [Schröder berät die Investmentbank Rothschild](#), FAZ-online vom 24.03.2006, abgerufen am 18.04.2017
8. ↑ [Promi-Agentur vermittelt Schröder als Redner](#), Spiegel-online vom 27.12.2005, abgerufen am 18.04.2017
9. ↑ [Rücktritt Schröder](#), handelsblatt.com, vom 09.12.2011, abgerufen am 18.04.2017
10. ↑ [Schröder sitzt Verwaltungsrat von Nord Stream 2 vor](#), politik-kommunikation.de vom 07.10.2016, abgerufen am 12.02.2022
11. ↑ [Schröder berät Medienkonzern Ringier](#), FAZ-online vom 24.11.2015, abgerufen am 13.09.2017
12. ↑ [Bericht zur Übernahme des Ehrenvorsitz](#), Webseite Nah- und Mittelostverein, 29. Mai 2006, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018
13. ↑ [Ex-Kanzler Schröder soll in den Aufsichtsrat von Gazprom](#), handelsblatt.com vom 04.02.2022, abgerufen am 12.02.2022
14. ↑ [Lobbyist für Versicherungsmakler](#), pfefferminzia.de vom 03.12.2021, abgerufen am 14.02.2022
15. ↑ [Altkanzler Schröder lobbyierte bei Regierung für Versicherungsmakler](#) abgeordnetenwatch.de vom 01.12.2021, abgerufen am 01.04.2022.
16. ↑ [Kanzleramt verweigert Herausgabe von Kalendereinträgen zu Schröder-Gesprächen mit Merkel](#), abgeordnetenwatch.de vom 08.03.2022, abgerufen am 01.04.2022.
17. ↑ [Organigramm der Nord Stream AG](#), theofficialboard.de, abgerufen am 18.04.2017
18. ↑ [Wie Gerhard Schröder als Türöffner für Gazprom agiert](#), Tagesspiegel vom 20.12.2017, abgerufen am 31.01.2022.
19. ↑ [Regierung Schröder soll Bürgschaft für Gasprom übernommen haben](#), Spiegel-online vom 31.03.2006, abgerufen am 18.04.2017
20. ↑ [Der Gazprom-Kanzler](#), Spiegel-online vom 10.04.2006, abgerufen am 18.04.2017
21. ↑ A.Ballin et.al.: Genosse Expansion; In: Wirtschaftswoche Nr. 38 08/09/2017, S.38

22. ↑ [Kritik an Schröders Nominierung für Rosneft-Aufsichtsrat](#), Zeit-online vom 13.08.2017, abgerufen am 14.09.2017
23. ↑ [Schröders Rosneft-Job wird zum Problem für die SPD](#), lobbycontrol.de vom 23.08.2017, abgerufen am 14.09.2017
24. ↑ [Warum der Rosneft-Job nicht lupenrein ist](#), Wiwo.de vom 07.09.2017, abgerufen am 14.09.2017
25. ↑ [Ex-Kanzler Schröder wird Öl-Aufsichtsrat](#), Spiegel-online vom 15.01.2009, abgerufen am 18.04.2017
26. ↑ [ARD exklusiv: Rot Grün macht Kasse](#), ARD Mediathek vom 18.08.2011, abgerufen am 18.04.2017
27. ↑ [Zweite Karriere: Die Gerhard-Schröder-AG](#), Manager Magazin, abgerufen am 18.04.2017
28. ↑ [Rosneft kauft TNK-BP](#), handelsblatt.com, vom 21.03.2013, abgerufen am 20.04.2017
29. ↑ [Ich kochte in Berlin für ihn, Ringier war dabei](#), FAZ-online vom 12.12.2005, abgerufen am 18.04.2017
30. ↑ [Ringier: Gerhard Schröder bleibt Berater](#)] Webseite persönlich.com, 4. September 2017, zuletzt aufgerufen am 16.7.2018
31. ↑ [Schröder berät die Investmentbank Rothschild](#), FAZ-online vom 24.03.2006, abgerufen am 18.04.2017
32. ↑ [Schröder dafür](#), n-tv.de vom 06.03.2005, abgerufen am 14.09.2017
33. ↑ [Altkanzler Schröder berät RAG bei Börsengang](#), FAZ-online vom 10.02.2006, abgerufen am 18.04.2017
34. ↑ [Schröder wird zum Kohle-Kumpel](#), Spiegel-online vom 09.02.2006, abgerufen am 13.09.2017
35. ↑ [Doris Schröder-Köpf verlässt Karstadt Aufsichtsrat](#), karstadtnachrichten.de vom 23.04.2012, abgerufen am 15.09.2017

Ketchum Pleon

Ketchum Pleon ist eine Agentur für Kommunikationsberatung und Public Relation (PR). Sie entstand im Januar 2010 durch die Fusion der in Europa tätigen Agentur Pleon und der weltweit agierenden Agentur Ketchum. Beide gehören zur US-amerikanischen **Omnicom Group**. Die Beratungsunternehmen treten global unter dem Namen "Ketchum" und in Europa als "Ketchum Pleon" auf. Ketchum Pleon entwickelt Kommunikationsstrategien und Kommunikationsprogramme für Unternehmen, Institutionen und Organisationen. Zu den angebotenen Leistungen gehören auch Politikbeobachtung sowie Lobby- und Medienarbeit.

Ketchum Pleon

Branche	PR- und Unternehmensberatung
Hauptsitz	New York; Sitz Europa und Deutschland: Bahnstraße 2, 40212 Düsseldorf
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	Brüssel
Webadresse	www.ketchum.com und www.ketchum.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	17
2 Fallbeispiele und Kritik	17
2.1 Ketchum und Country Branding für Russland	17
3 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	17
4 Personen	18
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
6 Einzelnachweise	19

Lobbystrategien und Einfluss

- Wie ist die Lobbyarbeit organisiert?
- wichtige Personen (aktuell und ehemalig), z.B. Cheflobbyisten (in Berlin/Brüssel)
- Wichtige Verbandsmitgliedschaften und andere Netzwerk-Beziehungen
- Strategien: Ziele, erkennbare Konstanten, Einflussstrategien

Fallbeispiele und Kritik

Ketchum und [Country Branding](#) für Russland

2006 erhielt Ketchum 2 Millionen Dollar, den damaligen G8 Gipfel, den Russland veranstaltete, medial zu propagieren.^[1]

2007 engagierte die russische Regierung Ketchum, um das zunehmend ramponierte Image aufzupolieren. Dazu sollte das Bild von Vladimir Putin, der russischen Regierung, des staatlichen Gasunternehmens Gazprom und des Militärs verbessert werden. Ketchum sollte vor allem die Energiesicherheit Russlands propagieren und gleichzeitig ausländische Investoren anlocken. Für einen zweimonatigen Vertrag bekam Ketchum 845.000 Dollar.^{[1][2]} Im gleichen Jahr zahlte auch Gazprom monatlich 250.000 Dollar an die PR-Agentur, die im Gegenzug eine Vielzahl von Treffen mit amerikanischen Presse- sowie Regierungsvertretern organisierte.^[3]

2008 wurde Ketchum erneut von der russischen Regierung als Teil einer groß angelegten Werbekampagne engagiert, um der Regierung dabei zu helfen, „[to] tell its story of economic growth and opportunity for its citizens“.^[4] Ketchum arbeitete primär mit der Regierung und Gazprom zusammen. Von August 2008 bis Januar 2009 bezahlte Russland insgesamt 2,9 Millionen Dollar. Vor allem half Ketchum dabei die militärische Invasion Georgiens (2008) in einem guten Licht darzustellen zu lassen. Die PR-Agentur organisierte zum einen ein CNN Interview für und mit Putin, zum anderen Treffen zwischen Reportern und hohen Regierungsbeamten sowie Vertretern von Gazprom. Auch platzierte Ketchum bezahlte Annoncen in der Washington Post und sorgte dafür, dass Putin zur „Person of the Year“ des Time Magazines wurde.^[5]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Die Global Headquarters von Ketchum befinden sich in New York. Ketchum, ein Unternehmen der Omnicom Group, ist in über 65 Ländern mit über 100 Niederlassungen tätig.

Der Hauptsitz der Ketchum Pleon GmbH ist Düsseldorf. Weitere Niederlassungen gibt es in Berlin, Bonn, Dresden, Frankfurt, München und Stuttgart. Der Honorar-Umsatz von Ketchum Pleon Deutschland wird für 2011 auf 42 Mio. Euro geschätzt.^[6] Die Beratungsfelder sind:

- Ketchum Pleon Change (Bewältigung von Veränderungsprozessen)
- Crisis Management (Unterstützung bei der Prävention und Bewältigung von Krisen einschließlich Medienmanagement)
- Corporate Social Responsibility (Fragen der Globalisierung, Corporate Governance, ökologische Folgen unternehmerischen Handelns)

- Financial Communications (Kapitalmarktkommunikation bei Börsengängen, Fusionen u.ä.m. sowie die Vermittlung von Marken und Produkten von Banken, Versicherungen, Investmentgesellschaften usw.)
- Marketing (Marketing-Beratung sowie Kommunikationsdienstleistungen)
- Public Affairs (die Kernleistungen beinhalten unter anderem Politikbeobachtung, Planung und Umsetzung politischer Frühwarnsysteme, Strategieberatung, Lobbying, Coaching, Krisenkommunikation sowie Media Relations und Veranstaltungsmanagement)

Nach eigenen Angaben ist Ketchum Pleon Deutschlands führende Agentur für Kommunikationsberatung und europäischer Marktführer für Corporate Communications, Public Affairs, Change, Healthcare, Brand- und Sales Communications. Für das Unternehmen seien allein in Deutschland mehr als 350 Beraterinnen und Berater tätig. Zu den über 200 Klienten gehörten zahlreiche DAX-30 und Euro Stoxx-Unternehmen, Bundes- und Landesministerien sowie Non-Profit- Organisationen.

Kunden: Bosch, Henkel, ING, Pfizer, Mars, Renault, Total, Bundesministerium für Arbeit und Soziales - 2010 bis 2014, Bundesministerium für Finanzen - 2010 bis 2012

Personen

Ketchum International

Senior Partner und Chairman: Ray Kotcher

Senior Partner und CEO: Rob Flaherty

Deutschland (Ketchum Pleon GmbH)

Executive Board/Berater

- Dirk Popp (CEO seit Juni 2011), Geschäftsführender Partner des Standorts Dresden und gleichzeitig deutschlandweiter Leiter des Crisis-Management-Netzwerkes, arbeitet seit mehr als 15 Jahren für Ketchum Pleon. In dieser Zeit hat er die Crisis & Issues Practice in Deutschland und Europa etabliert.
- Christiane Schulz, Geschäftsführende Partnerin des Standortes Berlin
- Horst Wettlaufer (CFO), zuvor Chief Operating Officer für Finanzfragen bei McCann Erickson Deutschland.

Weitere Mitarbeiter sind/waren:

- Hans-Joachim Reck, Senior Advisor seit 1. September 2015. In dieser Funktion berät Reck „Kunden deutschlandweit, etwa beim Lobbying und dem Aufbau von Netzwerken auf bundes- und landespolitischer Ebene“^[7]. Reck war zuvor Bundesgeschäftsführer der CDU (1993-1996), Generalsekretär der CDU in Nordrhein-Westfalen (2003-2006), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im nordrhein-westfälischen Landtag sowie Hauptgeschäftsführer des **Verbands kommunaler Unternehmen** (VKU), 2007-2015). Zudem ist Reck u. a. Präsident des **Bundesverbands öffentliche Dienstleistungen** (BVÖD) und des **Europäischen Verbands der öffentlicher Arbeitgeber und Unternehmen** (CEEP).
- **Tasso Enzweiler**, von 6/2011 - 3/2013 Managing Director und Leiter des Standorts Düsseldorf, zuvor Managing Director bei **Hering Schuppener** Consulting, ehemaliger Wirtschaftsjournalist bei: manager magazin, Capital, Welt, Financial Times Deutschland, ehemaliger Geschäftsführer der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM) und Autor des ÖkonomenBlog der INSM.
- **Andrea Fischer**, Partnerin von Pleon 2006-2009, ehemalige Bundesministerin für Gesundheit 1998-2001, folgend Beraterin für Pharmaindustrie und Krankenkassen, seit 2012 Leiterin des Dezernats Finanzen, Gebäudewirtschaft und Krankenhäuser der Region Hannover.^[8]

Politikberatung in Berlin

Der Berliner Standort arbeitet unter anderem für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für das Bundesministerium der Finanzen. Das Büro berät darüber hinaus verschiedene Interessenvertretungen sowie zahlreiche international agierende Kunden in den Bereichen Food & Beverage, Energy & Sustainability sowie Healthcare.^[9] Berater in Berlin sind u. a.:

- Christiane Schulz, Geschäftsführende Partnerin
- Peter Strieder, Senior Partner, ehemaliger SPD-Politiker, ehemaliger Stadtentwicklungssenator von Berlin.
- Christof Biggeleben, Head of Campaigning, berät vor allem Ministerien, Organisationen und Verbände, zuvor bei Scholz & Friends Agenda tätig.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,1} **Russia's Use of PR as a Foreign Policy Tool**, von Robert Orttung, russian analytical digest 81 /10, abgerufen am 13. März 2014
2. ↑ **Rebranding Russia**, von Sheldon Rampton, PRWatch, 08. April 2007, abgerufen am 13. März 2014
3. ↑ **Ketchum Caught "Man of the Year" Title for Putin**, von Diane Farsetta, PRWatch, 20. Februar 2008, abgerufen am 13. März 2014
4. ↑ **Ketchum Helps Russia with "Really Smart PR"**, von Dianne Farsetta, PRWatch, 06. März 2008, abgerufen am 13. März 2014

5. ↑ [Consultants Rush in to Help Russia](#), von Diane Farsetta, PRWatch, 11. Februar 2009, abgerufen am 13. März 2014
6. ↑ [Ketchum Pleon Popp holt Campaigning-Chef für Berlin](#), PR-Magazin 5/2012
7. ↑ [Ketchum Pleon Deutschland verpflichtet Hans-Joachim Reck](#), Pressemitteilung 11.9.2015
8. ↑ [Lobbypedia Artikel Andrea Fischer](#)
9. ↑ [Pressemitteilung vom 3. Mai 2012. Ketchum Pleon verpflichtet Head of Campaigning](#)